

Eröffnungsrede der 78. Bankwirtschaftlichen Tagung

Seite 1/8

Marija Kolak,
Präsidentin des
Bundesverbandes der
Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken (BVR)

Bankwirtschaftliche Tagung
14. Juni 2023

**Bundesverband der
Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken • BVR**

Melanie Schmergal
Abteilungsleiterin
Kommunikation und
Öffentlichkeitsarbeit
Pressesprecherin

Cornelia Schulz
Pressesprecherin

Steffen Steudel
Pressesprecher

Schellingstraße 4
10785 Berlin

Telefon: +49 30 2021-1300

presse@bvr.de
www.bvr.de
twitter.com/BVRPresse
facebook.com/BVRBerlin
linkedin.com/company/bvrberlin/

Eröffnungsrede

Seite 2/8

Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,

ich heiße Sie zu unserer 78. BWT herzlich willkommen. Ich tue das auch im Namen meiner Vorstandskollegen, Frau MÜLLER-ZIEGLER, Herrn Dr. MARTIN und Herrn QUINTEN. Wir freuen uns, heute so viele bekannte Gesichter zu sehen. Aber auch viele neue. Lassen Sie uns die Zeit nutzen:

- Zum Austausch.
- Zum Kennenlernen.

Vor allem aber: um die Zukunft der genossenschaftlichen Bankengruppe zu gestalten. Ich blicke dabei mit Wehmut darauf, dass es für Herrn Dr. MARTIN seine „Abschieds-BWT“ ist. Und freue mich doch zugleich, dass Frau MÜLLER-ZIEGLER bereits seit Anfang April seine Nachfolge angetreten hat. Bereiten wir Herrn Dr. MARTIN einen gebührenden Abschied. Und heißen wir Frau MÜLLER-ZIEGLER herzlichst in der genossenschaftlichen FinanzGruppe willkommen. Ganz besonders begrüße ich die Damen und Herren der Presse, die heute am Vormittag mit dabei sind. Denn wir wollen nicht nur hinter verschlossenen Türen tagen. Für die genossenschaftliche FinanzGruppe ist auch der Dialog mit der Öffentlichkeit elementar. Selbstverständlich wollen wir uns aber auch – wie das auf der BWT üblich ist – im vertrauten Rahmen austauschen. Wir widmen uns innerhalb unserer genossenschaftlichen Familie zunächst der Weiterentwicklung unserer Sicherungseinrichtung. Für den heutigen Nachmittag haben wir das Thema „Nachhaltigkeit“ als Schwerpunkt gesetzt. Morgen Vormittag widmen wir uns erst dem Thema „Zukunftsfähigkeit“ bevor wir die BWT mit unserer Mitgliederversammlung schließen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir alle mussten in den vergangenen Monaten mit Blick auf Wirtschaft und Weltpolitik feststellen: Krisen sind gekommen, um scheinbar zu bleiben. Im historischen Ablauf sehen wir dann, dass Krisen kommen und Krisen auch wieder gehen. Aber egal wie, genau dafür sind wir Menschen doch eigentlich gemacht:

- Probleme zu lösen.
- Herausforderungen zu meistern.
- Zukunft zu gestalten.

Sie alle kennen das aus ihren Gesprächen mit Mittelständlern vor Ort. Als Vorstände mittelständischer Banken machen Sie, tagein tagaus, nichts anderes als „Problemlösen“.

Lassen Sie uns einen Perspektivwechsel vollziehen. Denn nicht die Krisen als solches sind das Problem. Krisen, das sind Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen. Das ist oft anstrengend. Das aber ist nicht der Punkt. Problematisch sind eher die Rahmenbedingungen, die verhindern, dass jeder einzelne mit seinen Stärken zur Lösung der Krisen beitragen kann. Sie, die Banker vor Ort, sind die Finanziere der grünen und digitalen Transformation. Sie sind die Finanziere individueller Lebens- und Wohnräume als auch Unternehmerziele. Das heißt, wir können mit unserer Stärke im Finanzwesen zur Lösung beitragen, aber die Rahmenbedingungen erhöhen eher die Unsicherheit. Und genau das ist es, was wir tagtäglich in unserem Alltag sehen. Es ist also an der Zeit, dass wir uns den Rahmenbedingungen widmen. Am Ende meiner Rede werden Sie wissen, welche Rahmenbedingungen es braucht, damit die genossenschaftliche FinanzGruppe ihren gesellschaftlichen Beitrag zur Lösung anstehender Herausforderungen leisten kann. Und Sie werden auch wissen, wo uns die Politik das Leben eher schwer macht und so verhindert, dass wir uns mit unseren Stärken einbringen können. Kurzum, damit wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, unseren Job machen können. Sie alle kennen die großen Herausforderungen unserer Zeit: Krieg; Populismus; Inflation; De-Globalisierung; Klimawandel, Digitalisierung, Demographie; Migration. Ganz schön viel auf einmal! Für unseren Alltag heißt das: Das Marktumfeld verändert sich. Die Komplexität nimmt zu. Wirtschaftliche und politische Unsicherheit wächst. Und all das zusammen bedroht mittel- und langfristig unseren Wohlstand. In Deutschland. In Europa. Stellen wir uns die Zukunft als den Bau eines Hauses vor, welches ein stabiles Fundament braucht. Ohne ein tragfähiges Fundament ist es völlig egal, was wir bauen. Es kann nicht von Dauer sein. Im übertragenen Sinn sind die Rahmenbedingungen das stabile Fundament der Zukunft Deutschlands, der Zukunft Europas. Und erst wenn das Fundament steht, sollten wir uns an die Details des Hauses machen. In jedem Fall gilt: Eins nach dem anderen. Und das Wichtigste zuerst. In der genossenschaftlichen FinanzGruppe waren wir mit diesem Vorgehen sehr erfolgreich. Wir haben zuerst die Analyse gemacht: Was sind die Veränderungen des Marktumfeldes, die an unserem genossenschaftlichen Haus rütteln? Auf Grundlage dieser Analyse haben wir uns eine Strategieagenda gegeben. Ein Handlungsfeld daraus ist das „genossenschaftliche Ökosystem regionaler Prägung“. Hiermit schaffen wir einen Teil der Rahmenbedingungen für die Zukunft unserer Gruppe. Und vergessen Sie bitte nicht: Auch unsere Satzungsänderung, über die wir morgen abstimmen werden, ist ein elementarer Teil zukunftsbasierter Rahmenbedingungen in der GFG. Im Sinne einer kontinuierlichen, evolutionären Weiterentwicklung hat der BVR seinen Mitgliedsbanken Vorschläge unterbreitet, wie das Statut der Sicherungseinrichtung und das Klassifizierungssystem zur Beitragsbemessung weiterentwickelt werden können. Sie sehen, Zukunftssicherung ist ein beständiger Prozess.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine solche umfassende Strategieagenda brauchen wir jetzt auch für Deutschland, für Europa. Lassen wir das ad hoc Krisenmanagement hinter uns. Und beginnen wir, nach vorne zu gestalten. Dafür braucht es Rahmenbedingungen, die die Stärken des Einzelnen stärken. Lösen wir uns von dem vermeintlichen Reflex alles regulieren zu müssen! Finden wir den Mut zur Freiheit, anstatt mit Detailvorgaben allesamt zu überfordern! Und stärken wir Verantwortung, so dass Gewinne nicht privatisiert, aber Risiken vergemeinschaftet werden. Diese Rahmenbedingungen zu schaffen, ist die originäre Aufgabe der Politik. Die Politik kann bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen aber nur erfolgreich sein, wenn es eine sachliche Debatte gibt. Hier bringen wir uns gerne ein. Apropos „sachliche Debatte“ – da muss ich an europäische Regulierung denken. Wir alle kennen skurrile Beispiele für vermeintliche Brüsseler Regulierungswut. Vergessen wir dabei aber nicht: Regulierung ist nicht per se gut oder schlecht. Entscheidend ist eine differenzierende Sichtweise auf die konkreten Inhalte und Ziele. Eine Sichtweise, die hinter die Kulissen blickt und in die Tiefe der Details vordringt. Differenzieren heißt dann aber auch, dass berechtigte Kritik an den Inhalten nicht mit Kritik an der europäischen Idee gleichzusetzen ist. Schaffen wir stabile Fundamente, auf denen Bürgerinnen und Bürger, aber auch Unternehmen ihre Häuser bauen können! Das ist die richtige Antwort auf die Verlockungen des Populismus von links und rechts. Deswegen: Streiten wir hart in der Sache, aber aus Liebe zu Europa. Beispielsweise beim Thema Gebäudesanierung. Aber ganz anders, als Sie jetzt im ersten Moment vielleicht dachten.

Stellen Sie sich zwei Wohngebiete vor: Zuerst eine genossenschaftlich organisierte Wohnanlage. Die Bewohner machen da seit Jahrzehnten erfolgreich ihr Ding; man kennt sich, man hilft sich: demokratisch organisiert halten sie ihre Häuser in Schuss, pflegen ihre Gärten und unterstützen sich gegenseitig. Zeigen sich doch einmal Mängel an einem Haus, wird repariert nach vorher definierten Regeln, damit der Einsturz verhindert wird und die Bewohner am Ende nicht im Regen stehen müssen. Und das alles funktioniert ohne finanzielle Hilfen des Staates. Zum anderen eine Hochhaussiedlung in den Händen anonymer Besitzer. Die Türme sind vom schlechten Wetter gezeichnet; in starken Stürmen kann man ihr Wanken förmlich spüren. Die Bewohner kennen sich allenfalls vom Sehen, denn wer oben in der 20. Etage wohnt, weiß kaum, was im Erdgeschoss vor sich geht. Zeigen sich Mängel, dann kann das Auswirkungen auf den ganzen Turm und seine Statik haben. Und das wiederum kann dann auch die umliegenden Türme gefährden. Deswegen muss der Staat einspringen, um die ganz große Katastrophe notdürftig zu verhindern. Wohlwissend, dass ihn die Rettung der ganzen Siedlung überfordern würde. So, und jetzt erkläre mir mal einer, warum die

Europäische Kommission mit ihrem Legislativvorschlag zur Überarbeitung der Regelungen zur Abwicklung von Instituten und zur Einlagensicherung mit ihrem Abwicklungsstrupp bei der genossenschaftlichen Wohnanlage aufkreuzen will?! Denn dieses Vorhaben, auch bekannt als CMDI-Review, hat – in seiner aktuellen Fassung – das Potenzial, die Struktur der genossenschaftlichen FinanzGruppe auf Dauer zu beschädigen.

Liebe Europäische Kommission, lassen sie uns das bitte differenziert betrachten: Es ist ausdrücklich zu begrüßen, wenn Sie den bestehenden Rechtsrahmen optimieren. Aber den geplanten Paradigmenwechsel von der Insolvenz zur Abwicklung lehnt die gesamte Deutsche Kreditwirtschaft aus guten Gründen ab. Es ist falsch, die Abwicklung künftig zum neuen Standard zu machen. Bei jeder noch so kleinen Bank! Dies ginge zu Lasten und auf Kosten der funktionierenden nationalen Systeme. Das schwächt den Finanzmarkt und schadet dem mittelständisch geprägten Wirtschaftsstandort. Und das ist auch nicht nötig. Denn unsere Sicherungsnetze haben ihren Praxistest wiederholt bestanden. Wir waren seit den 1930er Jahren jedenfalls auf kein Staatsgeld zur Bankenrettung angewiesen. Eine dezentrale mittelständische Bankenstruktur innerhalb einer funktionierenden Solidargemeinschaft macht Risiken eben handhabbar! Die wirklichen Probleme liegen doch ganz woanders. Stabile Finanzmärkte verlangen, dass wir das richtige Haus sanieren: Nämlich die grenzüberschreitende Abwicklung systemrelevanter Banken. Dort klafft das große Loch im Dach. Doch genau darauf geht der Vorschlag der Europäischen Kommission gar nicht ein. Stattdessen ist es Strukturpolitik durch die Hintertüre: Denn konsequent zu Ende gedacht, würde die mittelständische Struktur der genossenschaftlichen FinanzGruppe – und übrigens auch der Sparkassen und weiterer Bankengruppen in Europa – zerstört. Anders formuliert: Auch wir würden gezwungen, perspektivisch in die Hochhaussiedlung umzuziehen. Das ist doch paradox: Da sehen wir, dass die Abwicklung systemrelevanter Banken nicht funktioniert. Und Brüssel forciert die Bildung großer Institute geradezu. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir geben nicht auf, bis jeder und jede diese Paradoxie verstanden hat. Wir kämpfen dafür, dass man auch in Brüssel versteht:

- ein stabiler Finanzmarkt,
- eine funktionierende Institutssicherung,
- und eine starke Finanzierung für den Mittelstand

sind die Erfolgsfaktoren, um ein Krisenmanagement zu stärken. Einen ganz klaren Dank richte ich an dieser Stelle an die deutsche Bundesregierung, die sich sehr frühzeitig, parteiübergreifend und ausdrücklich gegen den Entwurf der Europäischen Kommission

positioniert hat. Angesichts des ambitionierten Antritts der Europäischen Kommission ist eine solch klare Haltung der Bundesregierung ein wichtiges Zeichen! Und eine wichtige Unterstützung für unsere Arbeit und unsere Argumente! Eine andere Großbaustelle ist der Digitale Euro. Wobei man ja noch immer nicht so recht erkennen kann, was da eigentlich gebaut wird. Wir hören den Baustellenlärm. Und man fragt uns auch nach unserer Meinung. Aber von außen ist alles vor neugierigen Blicken geschützt. Ich hoffe inständig, dass die Architekten und Bauherren wissen, was sie da tun. Und dass sie an ein stabiles Fundament gedacht haben. Es ist unstrittig: Wir brauchen zukunftsfähige Rahmenbedingungen für unser Geldsystem. Und ein digitalisierter Euro bietet große wirtschaftliche Chancen:

- Sichern wir die digitale und währungspolitische Unabhängigkeit Europas.
- Schaffen wir die Voraussetzungen, neue Bedürfnisse im Zeitalter der Digitalisierung zu befriedigen.

Vergessen wir dabei aber bitte nicht: Die Einführung eines digitalisierten Euros ist ein weitreichender Eingriff am Fundament unseres Geldsystems. Und damit nicht frei von Risiken. Denn was im Gewand technischer Fragen daherkommt, ist in Wahrheit eine politische Grundsatzentscheidung zur Reichweite des Mandats der EZB. Entscheidungen dieser Tragweite aber gehören in die Öffentlichkeit und in die Parlamente. In jedem Fall muss sichergestellt sein, dass ein Digitaler Euro die Finanzierungsfunktion der Banken und Sparkassen für die Realwirtschaft nicht beeinträchtigt.

Dabei ist zentral:

- der Digitale Euro sollte das Bargeld ergänzen,
- anonyme Zahlungen ermöglichen sowie offline-fähig
- und in der Summe beschränkt sein. Stichwort niedriges Haltelimit.

Nehmen wir uns die Zeit, das Fundament digitalisierter Währungen stabil zu bauen.

Denn Zeitdruck ist beim Bau generell ein denkbar schlechter Ratgeber. Hieran werden wir den für Ende Juni angekündigten Legislativvorschlag der EU-Kommission messen. Nun, wenn das mit dem Zeitdruck beim Bauen stimmt, dann haben wir aber ein echtes Problem im Hinblick auf den Klimawandel, oder? Eine Erderwärmung um 2,7 Grad Celsius in absehbarer Zeit. Das ist gerade nicht unrealistisch. Wie gehen wir damit um? Die einen rufen den umfassenden Krisenmodus aus: Möglichst schnell sollen möglichst weitreichende Maßnahmen umgesetzt werden. Gebote und Verbote sind die Maßnahmen der Wahl; De-Growth und Verzicht die Leitbilder der Stunde; ein starker, steuernder und allwissender Staat die Idealvorstellung. Aber glauben wir ernsthaft, dass wir durch Einschränkungen und Begrenzungen eine so große Herausforderung werden bewältigen können? Vielmehr brauchen wir doch gerade jetzt

Rahmenbedingungen, die Innovation, Fortschritt und grünes Wachstum ermöglichen. Hat die Impfstoffentwicklung in der Pandemie nicht gezeigt, zu welchen Innovationen wir in Windeseile fähig sind? Das tragfähige Fundament der grünen Transformation ist der CO₂-Preis. Mit einem klar kommunizierten Erhöhungspfad; flankiert um einen sozialen Ausgleich. Verbote und Subventionen müssen die erklärte Ausnahme bleiben. Die Bepreisung von CO₂ stellt sicher, dass sich jeder Akteur mit seinen Stärken effizient einbringen kann. Unsere Stärke und Expertise ist die Transformationsfinanzierung. Fest steht: Ohne privates Kapital ist die Transformation nicht zu leisten: Allein in Deutschland werden rund 100 Milliarden Euro pro Jahr für Investitionen benötigt, um die Treibhausgase bis 2030 um 65 Prozent zu senken. Für Europa können sie die Zahlen gleich mehr als verdreifachen. Und wenn der Klimaschutz vor allem über den Preismechanismus erfolgt, kann man sich auch einen Großteil der unproduktiven instrumentellen Regulierung sparen. Stichwort Lieferketten. Und dann kann sich Bankenregulierung endlich wieder auf ihre Kernaufgabe konzentrieren: Finanzmarktstabilität und Finanzierungsfunktion. BaFin-Chef Mark Branson, den wir heute Vormittag bei uns zu Gast haben, hat vor einigen Monaten erklärt, die Finanzaufsicht sei „die Finanzpolizei, aber sicherlich nicht die Umwelt-, Ethik- oder Sozialpolizei“. Aufsicht und Banken sind hier einer Meinung – auch mal was Neues. Und es ist auch Zeit für ein Belastungsmoratorium, um Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt nicht zu überfordern. Denn vergessen wir bitte nicht: langfristige Wohlstandssicherung ist mehr als Klimaschutz. Deswegen braucht das Haus Deutschland dringend eine Sanierung: Das schwere Wetter der vergangenen Jahre deckte strukturelle Probleme auf, dabei wird die Anzahl der Unwetter künftig wohl eher zu- als abnehmen; nach zahlreichen Urlauben herrscht aber Ebbe in der Haushaltskasse; und zu allem Überfluss fehlen Fachkräfte für dringend notwendige Reparaturen. Ich schlage vor, dass wir uns bei der Sanierung an drei Leitlinien orientieren: Erstens: Gestalten statt Verwalten. Beschleunigte Planungen, einfachere Genehmigungsverfahren, vereinheitlichte Bauordnungen und Bürokratieabbau sind unverzichtbar und meist sogar kostengünstig zu realisieren. Zweitens: Investieren statt Konsumieren. Wir müssen Zukunftsinvestitionen ermöglichen, anstatt auf Kosten des Kapitalstocks zu leben. Subventionen sind keine Lösung, zumal sich der finanzielle Handlungsspielraum der öffentlichen Hand bereits deutlich verringert hat. Und wir müssen alles unterlassen, was das Investieren erschwert und unserem Standort langfristigen Schaden zufügt. Beispielsweise jener Paradigmenwechsel der Europäischen Kommission zur Ausweitung der Abwicklung auf kleine und mittlere Banken. Denn die mittelständisch geprägte Wirtschaft in Deutschland ist auf eine spiegelbildliche Bankenstruktur aus Sparkassen, Privatbanken und genossenschaftlichen Instituten angewiesen.

Eröffnungsrede

Seite 8/8

Und drittens: Erwirtschaften geht vor Verteilen. Nachhaltige Sozialpolitik basiert auf wachstumsfördernder Finanz- und Wirtschaftspolitik. Ansonsten leben wir auf Kosten unserer Kinder und Enkel. Wir brauchen international wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen und eine zielgerichtete Einwanderung von Fachkräften. Sie sehen, es gibt viel zu tun, unsere Zukunftsfähigkeit zu sichern. Aber mit den von mir skizzierten Rahmenbedingungen werden wir den Krisenmodus hinter uns lassen. Erlauben Sie mir aber bitte noch zum Schluss, ein Thema anzusprechen. Ein Thema, das mir nach vielen Gesprächen auch persönlich sehr am Herzen liegt. Was ist für die meisten Menschen die größte finanzielle Entscheidung in ihrem Leben? Genau: Der Erwerb von Wohneigentum. Sie alle kennen die düsteren Zahlen. Dem Neubau bricht ja sprichwörtlich gerade das Fundament weg. Diese Schockstarre ist sozialpolitischer und gesellschaftlicher Sprengstoff in Reinform. Es ist unsere dringende Aufgabe und Verantwortung auch hier die Rahmenbedingungen grundlegend zu verbessern. Vielleicht könnten wir bei den staatlichen Abgaben und Anforderungen beginnen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Damen und Herren, ergreifen wir die Chance. Starten wir in den Gestaltungsmodus. Und schaffen wir die Voraussetzungen, dass auch wir uns als genossenschaftliche FinanzGruppe mit unseren Stärken einbringen können, unser aller Zukunft nachhaltig zu sichern. Machen wir uns nichts vor: Dieses Bauvorhaben wird kein Selbstläufer. Aber mit dem richtigen Fundament werden wir erfolgreich sein. Davon bin ich zutiefst überzeugt. Herzlichen Dank!